

Erasmus+: Projekt zur Zukunft der Jura-Ausbildung in Europa gestartet

04.11.2020 | Internationalisierung Deutschlands, Bi-/Multilaterales

Die Europäische Union fördert mit rund 450.000 Euro ein Projekt, das die Juristenausbildung EU-weit modernisieren soll. Hierzu hat die EU eine „Strategische Partnerschaft“ im Rahmen von Erasmus+ an das Europa-Institut der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes und acht internationale Partner vergeben.

Auch wenn Corona die Welt derzeit lahmlegt: Der Globalisierung tut dies keinen Abbruch. Waren kommen aus aller Welt, Geschäfte laufen international, Menschen arbeiten über Grenzen hinweg und irgendwann werden sie auch wieder reisen. Und so überschreiten auch Rechtsstreitigkeiten schnell die Ländergrenzen und bekommen internationale Dimension. Daneben erfasst die Digitalisierung alle Lebensbereiche – sie hält zunehmend Einzug auch in Gerichtssäle und Anwaltskanzleien. Dies alles stellt Juristinnen und Juristen vor eine Vielzahl neuer Fragen.

Professor Thomas Giegerich, Direktor des Europa-Instituts der Universität des Saarlandes erklärt:

„Der traditionelle juristische Arbeitsmarkt ist im Wandel. Wir müssen die juristischen Ausbildungsansätze und Lehrmethoden auf den Prüfstand stellen, ob sie noch zeitgemäß sind und sie den Bedürfnissen der Praxis anpassen.“

Prof. Giegerich leitet ein Projekt, das genau hier ansetzt. Es soll dafür sorgen, dass die Juristinnen und Juristen der Zukunft europaweit für die neuen Herausforderungen gewappnet sind.

Thomas Giegerich sagt:

„Unser Ziel ist es, Studierende der Rechtswissenschaft in Europa für den europäischen Arbeitsmarkt vorzubereiten und mit dem nötigen interdisziplinären und grundlegenden Rüstzeug für eine digitale und vielfältige Zukunft auszustatten.“

Schließlich seien wirksame Bildungs- und Berufsausbildungssysteme die Eckpfeiler gerechter, offener und demokratischer Gesellschaften sowie von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung, betont der Saarbrücker Europarechts-Professor.

An dem Projekt beteiligen sich acht europäische Partner: die Universitäten von Belgrad (Serbien), Zagreb (Kroatien), Skopje (Nordmazedonien), Cadiz (Spanien), Vilnius (Litauen), Groningen (Niederlande), die Regent's University London (Vereinigtes Königreich) und das South Eastern European Law School Network. Gemeinsam erhielten sie jetzt die Förderzusage der Europäischen Union.

Projektkoordinatorin Mareike Fröhlich erläutert:

„Gegenwärtig bilden die europäischen Universitäten ihre Studierenden in sehr traditionellen Methoden aus, die sich ausschließlich darauf konzentrieren, juristisches Wissen zu vermitteln. Dies ist zwar prioritäre Aufgabe der Universitäten, aber wir wollen darauf hinwirken, dass die Europäisierung des Arbeitsmarktes und der Wissenschaft wie auch die Auswirkungen der neuen Technologien Eingang finden in die Lehrprogramme. Hierfür ist erforderlich, zusätzliche Kompetenzen und Fähigkeiten zu vermitteln. Dafür werden die Partner gemeinsam einen Online-Kurs zum wissenschaftlichen Arbeiten im europäischen Kontext sowie einen Methodenkoffer für innovative Lehre entwickeln und darüber hinaus Veranstaltungen anbieten.“

Ziel der neun internationalen Konsortialpartner sei es dabei auch, ein Bewusstsein für Querschnittsthemen in der juristischen Ausbildung zu schaffen wie für Genderfragen, European Green Deal und Klimawandel. Außerdem wollen sie das Verständnis für die Politik und die Entscheidungsfindung in der EU und die Verflechtung der vielen politischen Ebenen vermitteln, damit die Jura-Absolventinnen und Absolventen diese analysieren und durchblicken können.

Die Europäische Union fördert das Projekt „Modernising European Legal Education“ (MELE) des [Europa-Instituts](#) mit rund 450.000 Euro über einen Förderzeitraum von drei Jahren im Rahmen der Programmlinie Erasmus+ Strategische Partnerschaften.

Quelle: Universität des Saarlandes via IDW Nachrichten

Redaktion: 04.11.2020 von Mirjam Buse, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: Kroatien, Litauen, Niederlande, Republik Nordmazedonien, Serbien, Spanien, Vereinigtes Königreich (Großbritannien), EU

Themen: Bildung und Hochschulen, Ethik, Recht, Gesellschaft, Förderung

[Zurück](#)

Weitere Informationen